

# **Europa neu leben – Zusammenstehen für Freiheit, Wohlstand und Sicherheit**

Beschlossen auf dem 40. Landestag der Jungen Union Sachsen & Niederschlesien

1 Als Friedensprojekt gestartet, hat das vereinte Europa Millionen von Europäern Freiheit, Wohlstand  
2 und Rechtsstaatlichkeit gebracht. Trotz dieser großen Errungenschaften hat die Europäische Union in  
3 der jüngeren Vergangenheit in Teilen der Bevölkerung an Akzeptanz verloren. Die Gründe hierfür  
4 sind vielschichtig. Immer wiederkehrende Vorwürfe bürgerferner Bürokratie, fehlender Transparenz  
5 und unnötiger Einmischung in nationalstaatliche Angelegenheiten sind dabei in den letzten Jahren zu  
6 Tage getreten. Die teils großen Herausforderungen unserer Zeit, wie die Finanz- und  
7 Staatsschuldenkrise oder jüngst die Flüchtlingskrise, zeigten die Unfähigkeit europäischer Politik,  
8 zügig diese zu benennen und zu bewältigen. Hinzu kommt das Erstarken populistischer und  
9 nationalistischer Bewegungen in den Mitgliedsstaaten, die teils mit gezielten Unwahrheiten das  
10 Projekt Europa in Verruf bringen und mit einfachen, unseren Frieden und Wohlstand gefährdenden  
11 Antworten versuchen, Stimmung zu machen. Die hierdurch geschürte Unzufriedenheit scheint auch  
12 deshalb auf fruchtbaren Boden zu fallen, weil sich führende Politiker der vergangenen Jahre vielfach  
13 auf Kosten der europäischen Idee zu profilieren versuchten. So wurde „Brüssel“ allzu gern für eigene  
14 Fehler verantwortlich gemacht, während europäische Erfolgsgeschichten gerne als Ergebnis eigener  
15 Arbeit dargestellt wurden. Das Zusammenspiel dieser und weiterer Faktoren mündete schließlich in  
16 dem historisch einmaligen Votum der britischen Bevölkerung, die Europäische Union zu verlassen.

17 Wir als Vertreter der jungen Generation betrachten diese Entwicklung mit großer Sorge. Denn im  
18 Zeitalter der fortschreitenden Globalisierung, in denen den neuen Staatsmächten wie China, Brasilien  
19 und Indien allein aufgrund der enormen Bevölkerung eine immer höhere Bedeutung zukommt,  
20 können wir unsere deutschen und europäischen Interessen nur gemeinsam mit den europäischen  
21 Partnern durchsetzen. In klarem Bekenntnis zum europapolitischen Erbe von Konrad Adenauer und  
22 Helmut Kohl fordern wir daher eine Politik, die in ihrer Verantwortung für die kommenden  
23 Generationen zügig altbekannte Fehlentwicklungen abstellt und das europäische Projekt neu belebt.  
24 Hierfür muss sich die europäische Politik auf die grundlegenden Ziele zurückbesinnen: Der Schaffung  
25 von Freiheit, Wohlstand und Sicherheit.

## 26 **1. Europa bürgernah fortentwickeln**

27 Die derzeitige Vertrauenskrise lässt sich nur überwinden, wenn die europäischen Institutionen und  
28 die Mitgliedsstaaten die in den europäischen Verträgen niedergelegten Verpflichtungen einhalten.  
29 Dazu gehört auch, dass die gemeinsam vereinbarten Werte gelebt und die europäischen  
30 Entscheidungsprozesse transparenter werden. Hierfür ist weniger eine Änderung der europäischen  
31 Verträge notwendig als deren konsequente Umsetzung. Daher fordern wir:

- 32 • **Verbindlichen Wertekanon leben:** Die Wahrung der Menschenrechte und die  
33 grundlegenden Prinzipien von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung sind das  
34 Fundament der Europäischen Union. Diese Werte sind die Grundvoraussetzung das EU-

35 Motto „In Vielfalt vereint“ zu leben. Werden diese zentralen Werte verletzt, muss dem  
36 konsequent mit Prüf- und gegebenenfalls Sanktionsverfahren begegnet werden. Ein Staat,  
37 der diese elementaren Werte nicht garantiert (z.B. Türkei), kann nicht Mitglied der  
38 Europäischen Union werden.

39 • **Wahrung der Subsidiarität:** Europa setzt sich aus einer Vielzahl unterschiedlicher Regionen  
40 mit vielfältigen Traditionen, Kulturen und Geschichten zusammen. Diese Vielfalt gilt es zu  
41 wahren und darf keineswegs durch unnötige Einmischung in nationalstaatliche  
42 Angelegenheiten gefährdet werden. Daher ist das in den europäischen Verträgen vereinbarte  
43 Subsidiaritätsprinzip in der Praxis konsequent umzusetzen. Was vor Ort geregelt werden  
44 kann, soll auch vor Ort geregelt werden. Nur wenn eine gemeinsame europäische Initiative  
45 geboten ist, darf die EU handeln. Wird das Subsidiaritätsprinzip verletzt, sind die handelnden  
46 Akteure aufgerufen, hiergegen gegebenenfalls Klage zu erheben, anstatt sich auf Kosten der  
47 europäischen Idee zu profilieren.

48 • **Nachvollziehbare Zuständigkeiten:** Die Zuständigkeiten und Verfahrenswege müssen  
49 zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedsstaaten transparenter gestaltet und  
50 eindeutiger geregelt werden. Bürgerinnen und Bürger müssen nachvollziehen können, wie  
51 und auf welcher Ebene die für sie relevanten Entscheidungen entstanden sind. Dies gilt  
52 insbesondere für die gemischten Zuständigkeiten der Europäischen Union und der  
53 Mitgliedsstaaten, die dringend zugunsten eindeutiger Kompetenzen reduziert werden  
54 müssen.

55 • **Demokratisierung der Entscheidungsfindung:** Themen von EU-weiter Bedeutung müssen mit  
56 der Legitimation aller Bürgerinnen und Bürger der EU entschieden werden. Derzeit ist die  
57 Europäische Kommission und der Rat wesentlich deutungs- und entscheidungsmächtiger als  
58 das direkt gewählte Europäische Parlament. Das Europäische Parlament muss mehr  
59 Entscheidungsbefugnisse erhalten und wie jedes nationale Parlament alleinig die  
60 Budgethoheit und die Mitwirkung am Initiativrecht haben.

61 • **Vertiefte Kooperationen vereinfachen:** In der jüngeren Vergangenheit zeigte sich, dass  
62 eurokritische Regierungen zügige und umfassende europäische Lösungsansätze blockierten.  
63 Dies gefährdet das europäische Projekt, da die Handlungsfähigkeit europäischer Initiativen  
64 untergraben wird. Daher muss es in Zukunft vereinfacht werden, dass auch einzelne  
65 Mitgliedsstaaten eine verstärkte Kooperation vereinbaren können.

66 • **EU-weite Bürgerforen über die Ausgestaltung der EU:** Europa darf kein Elitenprojekt sein,  
67 sondern muss durch seine Bürgerinnen und Bürger gelebt werden. Daher gilt es in allen

68 Mitgliedsstaaten regionale Bürgerforen einzurichten, in denen Ideen über die zukünftige  
69 Ausgestaltung Europas diskutiert werden können.

70 • **Keine Schulden auf europäischer Ebene:** Die sich durch die derzeitige Politik abzeichnende  
71 Verschuldung auf europäischer Ebene ist ein Schlag ins Gesicht der kommenden  
72 Generationen. Wir fordern daher die Einhaltung des absoluten Verschuldungsverbots der  
73 Europäischen Union. Klare Regeln – und vor allem deren Einhaltung – tragen dazu bei, der  
74 Bevölkerung zu helfen, die EU zu verstehen. Bürger aus anderen Mitgliedsstaaten haben  
75 wenig Verständnis für das Nichteinhalten der Vorgaben des Wachstums- und  
76 Stabilitätspaktes.

## 77 **2. Europa gemeinsam sicher machen**

78 Europa befindet sich aktuell in der sicherheitspolitisch wohl bedrohlichsten Gefährdungslage seit  
79 dem Ende des „Kalten Krieges“. Ob islamistischer Terror, der vor unserer „Haustür“ schwebende  
80 Ukraine-Konflikt oder die offene Frage über die Zukunft der NATO – innen- wie außenpolitisch steht  
81 die Europäische Union vor großen Herausforderungen, die für das Fortbestehen der Union von  
82 essenzieller Bedeutung sind. Denn nur, wenn Europa auch in Zukunft als Garant für Frieden und  
83 Sicherheit wahrgenommen wird, erhält es das nötige Vertrauen der Bevölkerung. Daher fordern wir:

84 • **Europäische Sicherheitsinfrastruktur stärken:** Der Kampf gegen Terror, Drogen und  
85 organisierte Kriminalität lässt sich nur durch Zusammenarbeit auf europäischer Ebene  
86 gewinnen. Daher müssen zügig gleiche Standards und ein umfassender  
87 Informationsaustausch sichergestellt werden. Die im Fall Amri offenbarten Schwächen der  
88 deutschen Sicherheitsinfrastruktur müssen eine Warnung sein: Kleinstaatliche Lösungen  
89 gefährden unsere innere Sicherheit. Zur wichtigen Sicherheitsinfrastruktur gehört auch die  
90 verlässliche Energieversorgung - das heißt, die EU braucht auch eine gemeinsame oder  
91 koordinierte Energieversorgungspolitik. Sonst sind die einzelnen Länder von  
92 unterschiedlichen Energielieferanten abhängig.

93 • **Außengrenzen sichern:** Freiheit und Freizügigkeit innerhalb Europas sind nur möglich, wenn  
94 die Außengrenzen entsprechend gesichert sind. Dazu muss Frontex ausgebaut und besser  
95 ausgerüstet werden.

96 • **Europäische Verteidigung koordinieren:** Gerade in einer Zeit, in der der Fortbestand der  
97 NATO nicht gesichert erscheint, ist es umso wichtiger, europäische Verteidigungskapazitäten  
98 zu bündeln und zu koordinieren. Dies darf bei der gemeinsamen Materialbeschaffung nicht  
99 abgeschlossen sein, sondern muss auch mehr gemeinsame Übungen und in einem  
100 schrittweisen Aufbau einer europäischen Verteidigungsunion münden.

101 • **Kritische Infrastrukturen schützen:** Zur Sicherheitspolitik gehört auch der europaweite  
102 Schutz der Sicherheitsinfrastruktur wie Energie, Wasser und Internet. Eine bessere  
103 Koordination europäischer Cyberfähigkeiten erscheint dringend geboten, um Informationen  
104 auszutauschen und Angriffe abzuwehren.

### 105 **3. Europa durch Bildung erlebbar machen**

106 Ein weiterer elementarer Baustein für das Gelingen des europäischen Projekts ist die Bildungspolitik.  
107 Neben Sprach- und Kulturkompetenz müssen hierbei – generationsübergreifend – die Grundzüge der  
108 europäischen Institutionen vermittelt werden. Aus diesem Grund fordern wir:

109 • **Europaweite Harmonisierung der Schuljahre und Semesterzeiten:** Fast 270.000 Studenten  
110 pro Jahr nutzen bisher die Möglichkeit, über das Erasmus-Programm der EU im europäischen  
111 Ausland zu studieren. Ebenso lernen viele Schüler Europa durch ein Schuljahr im Ausland  
112 kennen. Leider „verlieren“ viele Schüler und Studenten ein Schuljahr bzw. Semester, da sich  
113 die Schuljahre und Semesterzeiten teilweise stark überschneiden. Wir fordern eine  
114 europaweite Anerkennung von Schul- und Studienzeiten für den reibungslosen Übergang der  
115 Auslandsaufenthalte!

116 • **Nahtlose Rückkehr nach Auslandsjahr:** Neben den unterschiedlichen Schuljahren gibt es  
117 insbesondere beim Schulstoff gravierende Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten, die  
118 Schüler nach einem Auslandsjahr oft zum Wiederholen eines Schuljahres in der Heimat  
119 zwingen. Diese Unterschiede sollten soweit abgebaut werden, dass mit Brückenkursen eine  
120 Rückkehr in die eigene Klasse und damit ein nahtloses Auslandsjahr möglich wird. Um einen  
121 nahtlosen Anschluss an das Auslandsjahr zu ermöglichen, müssen einheitliche Standards  
122 eingeführt werden, die sich an den Schulsystemen der Länder orientieren, die in EU-weiten  
123 Bildungsevaluationen regelmäßig sehr gut abschneidenden.

124 • **Erasmus+ ausbauen – insbesondere für Auszubildende und Schüler:** Das Erasmus-Programm  
125 wird gegenwärtig überwiegend als akademisches Programm wahrgenommen und vor allem  
126 von Studenten genutzt, obwohl es auch Auszubildenden und Schülern das Sammeln von  
127 Auslandserfahrungen ermöglicht. Das Programm muss daher stärker bekannt gemacht und  
128 unbedingt mehr Plätze für Auszubildende und Schüler geschaffen werden.

129 • **Bilinguale und binationale Schulabschlüsse anbieten:** Wir fordern die Mitgliedsstaaten der  
130 EU auf, insbesondere in den europäischen Grenzräumen verstärkt bilinguale Schulformen  
131 und -abschlüsse anzubieten. Ein Modell dafür könnte die Kooperation der Gymnasien in  
132 Görlitz und Zgorzelec sein. Diese bilingualen Abschlüsse sollen explizit nicht nur an  
133 Gymnasien, sondern an allen Schulformen angeboten werden.

- 134 • **Interrail-Ticket für jeden Europäer zum 18. Geburtstag:** Wir begrüßen die Initiative der EU-  
135 Kommission, jedem jungen Europäer ein Interrail-Ticket zum 18. Geburtstag zu schenken. Die  
136 Finanzierung darf keinesfalls mit Verweis auf unterschiedliche Zuständigkeiten scheitern,  
137 sondern muss zügig umgesetzt werden.
- 138 • **Schulpartnerschaften und Exkursionen ausbauen:** Jede Schule innerhalb der EU sollte  
139 mindestens eine innereuropäische Schulpartnerschaft eingehen und diese unbürokratisch  
140 durch gegenseitige Exkursionen und Besuche pflegen und fördern. Nur so können  
141 Freundschaften zwischen jungen Menschen entstehen und Verständnis für Europa  
142 geschaffen werden. Die Finanzierung sollte insbesondere in sozial schwierigen Fällen durch  
143 Fonds der EU unterstützt werden.
- 144 • **Mehr Europa im Unterricht:** Die Geschichte und Arbeit der EU, vor allem der Wertekanon  
145 der europäischen Gemeinschaft, muss an allen Schulformen entsprechend thematisiert  
146 werden, am besten in Verbindung mit den oben genannten Exkursionen.
- 147 • **Europa der breiten Bevölkerung vermitteln:** Euroskeptischer Populismus verfängt unter  
148 anderem deshalb, weil Teilen der Bevölkerung die Grundzüge europäischer Politik nicht  
149 hinreichend vermittelt wurden. So konnten sich in der Vergangenheit Politiker aus der  
150 Verantwortung für Entscheidungen stehlen, denen sie selbst im Rat zugestimmt haben. Die  
151 Vermittlung der Grundzüge europäischer Demokratie darf sich daher nicht auf  
152 Heranwachsende beschränken, sondern muss die ganze Bevölkerung in den Blick nehmen.  
153 Neben der Landeszentrale für politische Bildung sind hierbei die Medien gefordert, die  
154 europäischen Entscheidungsprozesse mehr in den Fokus zu nehmen.

#### 155 **4. Gemeinsam erfolgreich wirtschaften**

156 Neben Frieden und Freiheit ist der europäischen Gemeinschaft vor allem eines zu verdanken:  
157 Wohlstand. Dass die europäische Integration entgegen der Unkenrufe der Populisten eine  
158 wirtschaftliche Erfolgsgeschichte ist, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass inzwischen in Südamerika  
159 und Asien Kernelemente des europäischen Binnenmarktes „kopiert“ werden. Um auch in Zukunft  
160 erfolgreich gemeinsam wirtschaften zu können, gilt es den Binnenmarkt zu stärken, den  
161 Außenhandel zu forcieren und den digitalen Binnenmarkt Wirklichkeit werden zu lassen. Daher  
162 fordern wir:

- 163 • **Binnenmarkt weiter stärken:** Der funktionierende Binnenmarkt ist Grundlage des  
164 Wohlstands in Europa. So wurden Grenzkontrollen, Zölle und innergemeinschaftliche  
165 Handelsbeschränkungen weitestgehend abgeschafft. Die praktische Ausgestaltung ist weiter  
166 voranzutreiben.

- 167 • **Grenzkontrollen müssen die Ausnahme bleiben:** Die deutsche Wirtschaft ist vielfach auf  
168 Vorprodukte aus dem europäischen Ausland angewiesen. Grenzkontrollen erhöhen nicht nur  
169 die Kosten, sondern verzögern auch die Belieferung unserer Industrie. Dies beeinträchtigt  
170 unsere Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu anderen Regionen dieser Welt und erhöht die  
171 Preise für uns Endverbraucher. Grenzkontrollen oder gar Grenzsicherungen müssen daher  
172 die absolute Ausnahme bleiben. Unberechtigte Grenzkontrollen oder -sicherungen müssen  
173 mit Sanktionen belegt werden.
- 174 • **Strukturschwache Regionen stärken:** Die Wirtschaftszentren in der EU pulsieren und sind  
175 geprägt von einem steten Austausch der Kulturen, von Handel und einer starken  
176 Wirtschaftsstruktur. Der Großteil der Menschen lebt jedoch in den Mittelzentren und  
177 ländlichen Gebieten. Es braucht daher eine Stärkung der Regionen. Wir fordern einen  
178 Ausbau der Strukturförderprogramme zur Verstärkung oder zum Wandel regionaler  
179 Wirtschaftsstrukturen in ländlichen Gebieten. Hierzu gehört insbesondere der Ausbau von  
180 Infrastruktur. Die Errichtung weiterer Sonderwirtschaftszonen innerhalb der EU kann nur ein  
181 Mittel in äußersten Zwangslagen sein.
- 182 • **Europa vor dem Ausverkauf schützen:** Investitionen aus dem EU-Ausland und ins EU-  
183 Ausland sowie offene Märkte liegen im Interesse aller Mitgliedsstaaten. Dennoch ist ein  
184 verstärkter Aufkauf von Schlüsseltechnologien aus Ländern mit beschränktem Marktzugang  
185 oder staatlich gelenkter Wirtschaft zu verzeichnen. Wir fordern europaweit einheitliche  
186 Kriterien und deren Verschärfung für EU-Auslandsinvestitionen, die eindeutig zum Ziel  
187 haben, industrielle Expertise aufzukaufen und in den jeweiligen Herkunftsländern  
188 firmenfremd zu nutzen.
- 189 • **Digitalen Binnenmarkt entwickeln:** Gerade für die junge Generation ist es wichtig, dass  
190 Europa auch im Zeitalter der Digitalisierung ein starker Wirtschaftsstandort bleibt. Hierfür gilt  
191 es, die Voraussetzungen eines digitalen Binnenmarktes zu schaffen. Neben einer  
192 europäischen Breitbandinfrastruktur und einem europäischen Urheberrecht gilt es daher  
193 zudem, digitale Technologien und Start-Ups in diesem Bereich zu fördern.
- 194 • **Brexit muss Erfolg für Europa werden:** Die deutsche Wirtschaft ist eng mit der  
195 Großbritanniens verbunden. Diese guten Handelsbeziehungen dürfen durch den Brexit so  
196 wenig wie möglich beeinträchtigt werden. Allerdings darf der Brexit nicht zu einer  
197 „Rosinenpickerei“ führen. Der Brexit muss ein Erfolg werden – für Europa!
- 198 • **Freihandel mit anderen Wirtschaftsregionen stärken:** Der Wohlstand Europas hängt auch  
199 von einer erfolgreichen Außenhandelspolitik ab. Diese können wir besser im Verbund mit  
200 unseren europäischen Partnern durchsetzen. Nur so haben wir hinreichendes

201 Verhandlungsgewicht, um mit starken Staaten und Wirtschaftsverbänden faire Abkommen  
202 auszuhandeln. Trotz der protektionistischen Haltung der derzeitigen US-Administration sollte  
203 mittelfristig an dem Ziel eines Freihandelsabkommens mit den USA festgehalten werden. Bis  
204 dahin gilt es, neue Absatzmärkte zu erschließen. Neben dem Abschluss eines Abkommens  
205 mit Japan sollte daher geprüft werden, ob und inwiefern sich die Europäische Union dem TPP  
206 anschließen kann.

207 • **Strafzölle bei Dumping konsequent durchsetzen:** Wir fordern ein konsequentes Vorgehen in  
208 Form von Strafzöllen gegen Billigimporte zum Schutz der einheimischen Industrie.

209 • **Gemeinsame Entwicklungspolitik vorantreiben:** Gute Entwicklungs- und  
210 Nachbarschaftspolitik beinhaltet den Auftrag, Menschen ein Leben in Wohlstand zu  
211 ermöglichen. Auch mit Blick auf die sich andeutende Migrationsbewegung in Afrika gilt es,  
212 zügig die Entwicklungshilfe der einzelnen Mitgliedsstaaten zu koordinieren und gerade  
213 Länder mit demokratischen Strukturen zu „Leuchttürmen“ der Region zu entwickeln.

214 • **Förderstruktur überprüfen:** Die EU bietet eine breite Förderstruktur für unterschiedlichste  
215 Bereiche, jedoch mit einem erheblichen Schwerpunkt auf dem Agrarsektor. Über 40 Prozent  
216 der Mittel fließen allein in die gemeinsame Agrarpolitik. Wirtschaftliche und  
217 unternehmerische Strukturen unterliegen aber dem Zeitenwandel. Demgemäß muss die  
218 Gewichtung der Fördermittel regelmäßig auf den Prüfstand gestellt und gegebenenfalls  
219 angepasst werden. Die Junge Union Sachsen & Niederschlesien begrüßt daher die  
220 vorgeschlagenen Änderungen zur Vereinfachung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für  
221 die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) des sächsischen Staatsministeriums für Umwelt  
222 und Landwirtschaft. Fördermittel müssen die Interessen der Landwirte stärker  
223 berücksichtigen und ihnen schnell und unbürokratisch zur Verfügung stehen. Die EU ist aber  
224 keine reine Agrarunion, und muss daher in Zukunft den Industriestandort Europa stärker  
225 fördern. Dazu zählt in erster Linie die Förderung der Infrastruktur – sei es beispielsweise der  
226 Breitbandausbau oder die Verkehrsinfrastruktur. Nur so wird sich Europa weiter als  
227 Wirtschafts- und Innovationsstandort behaupten können.